

Microsoft Forms

Für welche Partei stehen die Antworten?

Bitte lassen Sie uns zwecks Zuordnung wissen, für welche Partei Sie die Fragen beantworten

1. Ihre Partei

PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ, Tierschutzpartei

2. Wer hat den Fragebogen ausgefüllt (Name, Amt/Position)

Manuela, Baker-Kriebel, Mitglied des Bezirkstags Pfalz

Allgemeines Verständnis und Parteiprogramm

Wir wollen von Ihnen wissen, welchen Stellenwert Gleichstellung und Frauenrechte bei Ihnen haben, und welche Vorhaben Sie grundsätzlich gegen Misogynie und Diskriminierung haben.

3. Wie definiert Ihre Partei „Gleichstellung der Geschlechter“ und wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf in der Landespolitik, um diese Gleichstellung nicht nur rechtlich, sondern auch de facto (z. B. im Alltag, in Politik, Verwaltung, Bildung, Arbeit) zu erreichen?

Wir definieren Gleichstellung im Sinne des Grundgesetzes, Artikel 3, aber im Sinne einer umfassenden Gleichstellung aller Geschlechter, Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen aus. Wir betrachten Inklusion als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

4. Frauen stellen 50% der Bevölkerung und sind dennoch nicht entsprechend in Kommunalpolitik oder im Landtag vertreten. Ein echtes Paritätsgesetz könnte dieses Problem lösen. Wie will Ihre Partei sicherstellen, dass Frauen und andere marginalisierte Geschlechter in politischen Gremien, Landesbehörden und Kommunalpolitik angemessen vertreten sind und auch selbst aktiv werden?

Information zu den Engagementfeldern in den unterschiedlichen Gremien und politischen Ebenen und direkte Partizipationsmöglichkeiten aufzeigen und Hürden minimieren und uns für ein echtes Paritätsgesetz einsetzen. Bereits in den Schulen demokratische Prozesse und Parität einüben, damit dies zur Selbstverständlichkeit wird.

5. Wie werden Sie Mädchen- und Frauenorganisationen in RLP ideell, aber auch finanziell berücksichtigen und aktiv in frauenpolitische Themen und Fragen mit einbeziehen?

Für Transparenz über die politischen Prozesse und Entscheidungen sorgen, Mädchen- und Frauenorganisationen zu ihren Bedürfnissen und Positionen befragen und diese bei den politischen Entscheidungen berücksichtigen, uns für die finanzielle Unterstützung von Projekten und Einrichtungen sowie die Jugendarbeit stark machen und Fördermittel auf Landesebene etc. einwerben helfen bzw. die Information zu speziellen Programmen weitergeben, z.B. bei Runden Tischen der Gleichstellungsbeauftragten der Betriebe und Kommunen, Jugendparlamente der Kommunen miteinbeziehen etc.

6. Für die Gleichstellung der Geschlechter einzutreten, ist in Rheinland-Pfalz auch kommunale Pflichtaufgabe. Danach muss es in allen zwölf kreisfreien Städten und den 24 Landkreisen hauptamtlich besetzte Gleichstellungsstellen oder Frauenbüros geben. Alle anderen Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind verpflichtet, die Gleichstellung zu fördern und wenigstens ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte benennen. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Gleichstellungsstellen und Frauenbüros zur hauptamtlichen Pflicht für alle Städte und Kommunen werden?

Ja, das werden wir. Gleichstellung ist eine Aufgabe die hauptamtlich ausgeführt werden soll.

Arbeits- und Berufsleben

Fehlende Gleichstellung macht sich besonders in der unfairen Aufteilung von Care Arbeit oder Gender

Pay Gap bemerkbar. Frauen arbeiten zudem häufiger im Niedriglohnsektor und in Teilzeit/Minijobs, da sie zusätzlich unbezahlte Sorgearbeit leisten und sind somit auch armutsgefährdeter.

7. Wie will Ihre Partei die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Rheinland-Pfalz verbessern?

Wir sind für eine Beibehaltung der Teilzeit sowie für Arbeitszeiten, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen, auch durch Elternzeit und Zeiten für die Pflege von Angehörigen. Teilzeit ist keine Frage des Life-Styles. Auch sollen verlässliche Öffnungs- und Betreuungszeiten bei Kitas in allen Kommunen und Gemeinden möglich sein.

8. Welche Schritte unternimmt Ihre Partei gegen den Gender Pay Gap, bzw. für faire Entlohnung und Gleichstellung am Arbeitsplatz?

Wir sind für eine Beseitigung des "Gender Pay Gaps", gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Wir stärken die Gewerkschaften und alle strukturellen Maßnahmen, die für eine Geschlechtergerechtigkeit sorgen. Wir sind auch für eine andere und faire Bewertung und Anerkennung von Arbeit in allen beruflichen Zweigen, aber auch für eine faire Bezahlung von "Care" Arbeit.

9. Plant Ihre Partei Programme zur Förderung von Frauen in Führungspositionen, sowohl im öffentlichen Dienst als auch in Wirtschaft und Wissenschaft?

Wir fördern Frauen in Führungspositionen aktiv. Der Bundesvorstand der Tierschutzpartei selbst ist divers aufgestellt, mit Paula López Vicente als Teil der aktuellen Dreierspitze. Eine Quote in DAX-Unternehmen sowie an Kliniken und Universitäten etc. würden wir unterstützen.

Bildung, Erziehung und Genderbewusstsein

Schule ist bekanntlich Ländersache. Dennoch gibt es keine einheitlichen Vorgaben bezüglich sexueller Bildung, Diversitäts- Sozial und Genderkompetenz, um auch früh bereits Stereotypen entgegen zu wirken.

10. Welche Konzepte hat Ihre Partei, um in KiTa, Schule und Ausbildung Kompetenzen zum Umgang mit vielfältigen Lebensformen, Konfliktlösung, Gendergerechtigkeit und Gewaltprävention zu fördern?

Wichtig ist es die Haltung und Werte von Vielfalt, Fairness und Weltoffenheit, auch Tierethik und Umweltbewusstsein sowie Empathie schon bei den Ausbildungen für LehrerInnen und ErzieherInnen fest zu verankern und auf allen Bildungsstufen fest zu integrieren, in allen Lehrplänen usw. zum Programm zu machen und zudem praktische Ideen zur Umsetzung methodisch darzulegen, damit dies zum gelebten Alltag in Kitas, Schulen und an Ausbildungsplätzen wird. Dabei passt man sich auch den Gegebenheiten vor Ort an!

11. Wie will Ihre Partei Diskriminierung bzw. Stereotype in Bildung, Erziehung und Ausbildung abbauen?

Wir müssen selbst Vorbilder sein und positive Werte leben, außerdem informieren, Wissen vermitteln, Gruppen in der Zivilgesellschaft, die für Fairness, Gleichstellung und Vielfalt arbeiten, unterstützen und mit einander und der Politik vernetzen.

Gesundheit & Soziales

Frauen leider unter dem mangelnden Zugang, mangelnder körperlicher Autonomie und existierendem Gender Health Gap in Forschung und Versorgung. Zusätzlich sind Frauen besonders armutsgefährdet.

12. Inwiefern berücksichtigt Ihre Partei geschlechtsspezifische gesundheitliche Bedürfnisse im Land? Gibt es konkrete Pläne, z. B. für frauenspezifische Prävention, psychische Gesundheit, Schwangerschaft, Familienplanung etc.?

Gendermedizin ist wichtig und muss in allen Arztpraxen, auch im ländlichen Raum, sowie in Kliniken und medizinischen Zentren sowie in der Forschung und pharmazeutischen Industrie berücksichtigt werden. Beratungsstellen mit speziellen Schwerpunkten, wie z.B. Hilfen bei Schwangerschaft, Schwangerschaftsabbrüchen, Prävention etc. werden wir unterstützen, damit sie nicht den Rotstift Kürzungen zum Opfer fallen.

13. Das Land fördert in Rheinland-Pfalz Hebammenzentralen und hebammengeleitete Kreißsäle, um dem Hebammenmangel entgegenzuwirken. Trotz Geburtenrückgang wird mit einer weiteren Verschärfung des Hebammenmangels gerechnet, da die neue Abrechnungsverordnung (Hebammenhilfegesetz) für viele Hebammen den Beruf nicht mehr ausübungswert ist. Werden Sie die Förderung der Hebammenzentralen und der hebammengeleiteten Kreißsäle durch das Land fortsetzen oder ausbauen?

Hebammen sind schon seit Jahrhunderten wichtig für Geburten, aber auch für die Nachversorgung und Begleitung von Mutter und Kind. Auf diese Erfahrung dürfen wir nicht verzichten, daher fördern wir Hebammenzentralen und hebammengeleitete Kreißsäle. Das wäre auch ein wichtiger Baustein um dem Ärztemangel und der fehlenden Infrastruktur im ländlichen Raum vorzubeugen.

14. Wird sich Ihre Partei für die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und für die Aufnahme des Schwangerschaftsabbruchs in die Regelgesundheitsversorgung einsetzen?

Ja, denn es ist wichtig, dass Schwangerschaftsabbrüche medizinisch adäquat ausgeführt und nachversorgt werden. Zuvor sollte es jedoch eine Beratungsphase geben, damit die Entscheidungsfindung unterstützt wird, aber keine Frau sollte gezwungen werden, ein Kind ungewollt auf die Welt zu bringen.

15. Es ist Aufgabe der Länder, eine ausreichende, wohnortnahe Versorgung mit Angeboten für Schwangerschaftsabbrüche sicherzustellen. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen um die aktuell schlechte medizinische Versorgungslage für Schwangerschaftsabbrüche in Rheinland-Pfalz zu verbessern?

Eine Bestandsaufnahme des Ist-Zustands und Transparenz sind wichtig und eine gesetzliche Verpflichtung von Kliniken und medizinischen Zentren diese Versorgung und Leistung auch anzubieten.

16. Was sind ihre konkreten Vorhaben, um Frauen in ländlichen Gegenden Zugang zu Hilfsangeboten, medizinischer Versorgung, Bildung und Teilhabe zu ermöglichen?

Wichtig sind digitale Plattformen mit allen Informationen zu den Hilfsangeboten mehrsprachig anzubieten, bzw. über die Patientenservice Nummer 116 117 Information und Vermittlung sowie Beratung zu ermöglichen. Auch sollten Krankenkassen stärker vor Ort präsent sein, Gesundheitsvorträge halten und Präventionskurse anbieten, vor allem auch in ländlichen Gegenden. Volkshochschulen, Sportvereine und die LandFrauen sind wichtige Einrichtungen und Multiplikatoren. Gesunde Ernährung und Lebensweise beginnen in Kitas und Grundschulen, daher sind wir für kostenloses veganes Frühstück und Mittagessen dort.

17. Welche Pläne haben Sie, um eine flächendeckend barrierefreie gynäkologische Versorgung für Frauen mit Behinderungen zu gewährleisten?

Dazu gehört eine klare gesetzliche Regelung für Frauenarztpraxen und Kliniken, die barrierefrei eingerichtet sein müssen, um eine barrierefreie gynäkologische Versorgung zu garantieren. Auch sollten Ärzte und Personal geschult werden.

Diskriminierung, Vielfalt & Intersektionalität

18. Erkennt Ihre Partei an, dass Geschlecht allein nicht reicht — also z. B. Einfluss von Herkunft, sexueller Identität, Behinderung, Alter etc.? Welche Maßnahmen plant sie, um Intersektionalität zu adressieren insbesondere in Bezug auf soziale Ungleichheiten, die Frauen oft stärker betreffen (z. B. Alleinerziehende, Altersarmut, Pflegearbeit, Abbau von Sprachbarrieren)?

Das Zusammenwirken mehrerer Diskriminierungsformen und sozialer Ungleichheit, die eine Person oder Personengruppen betreffen, sind leider Realität in unserer Gesellschaft und dies ist der Tierschutzpartei bewusst, daher ergreift sie eindeutig Partei gegen jede Form der Diskriminierung, egal aus welchen Gründen. Vulnerable Gruppen sollen besonders geschützt werden. Wir setzen uns für soziale Gerechtigkeit und gegen die Ausgrenzung von Menschen konsequent ein. Wo Gemeinschaft gelebt wird, fühlen sich alle akzeptiert. Das kann auch gut durch Formate wie der "Nachbarschaftstag" oder durch gemeinsame Feste, Tag der offenen Türe und durch eine Öffnung von Bildungs- und Kulturangebote für alle gestärkt werden. Theater- und Kulturprojekte brechen ebenfalls Barrieren und

Stereotypen auf.

19. Was wollen Sie gezielt tun, um besonders queeren Frauen (trans*Frauen, Lesben) Schutz und Gleichstellung zukommen zu lassen?

Vielfältige Lebensweisen müssen rechtlich anerkannt werden. Die sexuelle Orientierung einer Person sollte keine Rolle spielen, wenn es um Wohnraum, Bildungschancen, Ausbildungsplätze, Studienplätze und Arbeitsplätze oder sonstige Ämter und Positionen in Wirtschaft und Politik geht. Die gesellschaftliche Akzeptanz erhöhen wir durch den Abbau von Vorurteilen, auch da gilt es Gemeinschaft zu leben. Gegen Gewalt, ob körperlich oder psychisch, ob real oder in der digitalen Welt, muss konsequent strafrechtlich vorgegangen werden und vor allem Zivilcourage muss öffentlich anerkannt werden.

20. Diese Intersektionalität wird auch besonders in der Istanbul-Konvention betrachtet. Wie werden Sie sicherstellen, dass der Auftrag der Umsetzung der Istanbulkonvention sich ebenfalls in adressatengerechten Präventions- und Schutzkonzepten wiederfindet?

Gewaltschutz muss gesetzlich verankert werden und Polizei, Justiz und Sozialarbeit sowie alle Bildungseinrichtungen und Betriebe sollen zu Schulungen zum Thema intersektionale Dimensionen von Gewalt verpflichtet werden, damit ein Bewusstsein und eine ethische Haltung entstehen, die Menschen schützt. Vor allem vulnerable Gruppen wie Frauen mit Behinderung oder Migrationshintergrund.

21. Welche gezielten Maßnahmen planen Sie, um den Gewaltschutz in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und in besonderen Wohnformen zu stärken (z. B. durch konkretere gesetzliche Rahmenbedingungen für Frauenbeauftragte in besonderen Wohnformen?)

Wichtig sind Kontrollinstanzen und Sprecher aus der Gruppe der Menschen mit Behinderung selbst, die Beschwerden entgegen nehmen und mit Einbezug von z.B. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten oder Behindertenbeauftragten Abhilfe schaffen bzw. strukturelle Änderungen einfordern und durchsetzen, auch gerichtlich mit kostenloser Hilfe von spezialisierten Anwältinnen und Anwälten. Auch die Fortbildung und Schulung von Personal und Führungskräften sind wichtig, um ein klares Verbot von Machtmissbrauch sowie Sanktionen aufzuzeigen.

Gewaltschutz

22. Wie stellen Sie und Ihre Partei sich den Bestand und Ausbau der Fach- und Beratungsstellen zum Thema sexualisierte Gewalt und der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Schutz und Beratung vor? Inwiefern werden dabei berücksichtigt: ländlicher Raum, Abbau von Barrieren, TIN*-Personen und Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus?

Wir sind für den Bestand und den Ausbau von Fach- und Beratungsstellen zum Thema sexualisierte Gewalt und fordern Aufklärung in allen gesellschaftlichen Bereichen, denn Gewalt geschieht leider in allen Institutionen, auch im privaten und familiären Bereich und selbst dort, wo Menschen Schutz und medizinische oder psychologische Hilfe suchen.

Alle wichtigen und zentralen Angebote müssen gebündelt auf einer digitalen und mehrsprachigen Plattform erscheinen und Infos dazu sollten möglichst breit und öffentlich verteilt werden. Es muss ein Ethikrat in allen Einrichtungen und Institutionen über das Thema informieren, wachen und aktiv einschreiten, wenn sexualisierte Gewalt stattfindet. Sexualisierte Gewalt muss strafrechtlich verfolgt werden, wobei Opfer begleitet werden sollten. Oft unterbleiben Anzeigen aus Angst und Scham. Inhalte, die Kinder und Jugendliche durch sexualisierte Gewalt schädigen, müssen sofort vom Netz bzw. verboten werden und Täter konsequent strafrechtlich verfolgt.

23. Wie stehen Sie zu einer Gesetzesänderung bei Vergewaltigungen von „Nein heißt Nein“ zu „Nur ja! Heißt Ja!“? Wie stehen Sie zu dem Leitfaden Sorge- und Umgangsrecht

Sex ohne explizite Einwilligung, ist eine Vergewaltigung. Dies zeigte der Fall Pelicot in Frankreich, wo Drogen eingesetzt wurden und eine Frau im Schlaf vergewaltigt wurde.

Nicht immer kann ein Mensch sich verbal wehren oder findet Worte dazu, weil Sexualität nicht zur Lebenswelt gehört oder keine sexuelle Reife vorhanden ist, z.B. bei Kindern und Jugendlichen, Kranken oder Menschen mit Behinderung. Ein Leitfaden zum Sorge- und Umgangsrecht ist sicher hilfreich, sollte aber möglichst klar und einfach und verständlich formuliert sein und mehrsprachig sowie

barrierefrei angeboten werden sowie alle Hilfsangebote auflisten.

24. Insbesondere sexualisierte Gewalt hat häufig weitreichende und oft finanzielle Folgen für Betroffene. Die Taten werden meist nicht verurteilt, wodurch beispielsweise das SER nur schwer anwendbar ist. Der Fonds sexueller Missbrauch wurde zusätzlich eingestellt. Welche niedrigschwellige finanzielle Unterstützung planen Sie für Betroffene von sexualisierter Gewalt (bzw. juristische Kosten, Therapiekosten, Umzüge etc.)?

Wir werden sicher Formen der finanziellen Unterstützung befürworten und gesetzlich verankern, auch Stiftungen und zivilgesellschaftliche Angebote in einer digitalen Plattform mit Antragsmöglichkeiten online transparent machen.